

Trump: Versicherung oder Regierung sollte IVF finanzieren

„Trump verspricht, dass staatliche Versicherungen oder die Regierung die Kosten für IVF übernehmen sollen.

Diese Ankündigung könnte Spannungen mit Abtreibungsgegnern verursachen. Lesen Sie mehr über Trumps Pläne.“

Donald Trump, der republikanische Präsidentschaftskandidat, hat angekündigt, dass In-vitro-Fertilisationen (IVF) von Versicherungen oder der Regierung bezahlt werden sollen, falls er wieder ins Weiße Haus einzieht. „Ich war immer für IVF. Direkt von Anfang an, sobald wir davon gehört haben,“ sagte er am Donnerstag in einem Interview mit NBC News.

Mit dieser neuen Wahlkampfversprechung versucht Trump, ein heiß umstrittenes Thema anzusprechen, das durch seine politischen Gegner, darunter Vizepräsidentin Kamala Harris, stark kritisiert wird. Diese haben behauptet, dass die von Republikanern geführten Abtreibungsbeschränkungen in einigen US-Bundesstaaten den Zugang zu Fruchtbarkeitsbehandlungen weiter gefährden könnten.

Reaktionen und politische Auswirkungen

Trumps Ankündigung könnte ihn in Konflikt mit konservativen Abtreibungsgegnern bringen, die IVF verbieten wollen, weil dabei unbenutzte Embryonen vernichtet werden. Doch Trump blieb standhaft und versprach in seinem Interview: „Unter der Trump-Administration werden wir für diese Behandlung bezahlen oder wir werden die Versicherungen dazu verpflichten,

zu zahlen.“

Die Kosten für IVF können sehr hoch sein – oft rund 20.000 US-Dollar pro Runde – und werden in den USA selten von den Versicherungen übernommen. Trump erklärte jedoch nicht, wie diese neue Politik umgesetzt oder finanziert werden soll.

Die Harris-Walz-Kampagne reagierte sofort auf Trumps neue Position und machte ihn für die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA verantwortlich, den wegweisenden Abtreibungsfall Roe v. Wade aufzuheben. Dadurch wurde das nationale Recht auf Abtreibung abgeschafft, und die Bundesstaaten können nun selbst über den Zugang zu Abtreibungen entscheiden. Mindestens 14 Bundesstaaten haben seitdem Abtreibungen verboten oder stark eingeschränkt.

Sarafina Chitika, eine Sprecherin der Harris-Kampagne, erklärte in Reaktion auf Trumps Aussagen: „Weil Trump Roe v. Wade aufgehoben hat, ist IVF bereits in Gefahr, und die Freiheiten der Frauen wurden in Staaten im ganzen Land eingeschränkt.“

Trump hat zuvor damit geprahlt, drei der sechs konservativen Richter am Obersten Gerichtshof ernannt zu haben, die die Aufhebung des Abtreibungsrechts unterstützten. „Ich konnte Roe v. Wade töten,“ schrieb der ehemalige Präsident im Mai 2023 online. Dennoch hat Trump versucht, sich von seinem Rekord in Sachen Abtreibung zu distanzieren, da Harris die Bedenken der Wähler hinsichtlich der Auswirkungen der Republikaner auf die reproduktiven Rechte ausnutzt.

IVF als neue politische Streitfrage

Im Februar wurde IVF zu einem neuen politischen Brennpunkt in der Debatte über den Zugang zu Abtreibungen in den USA. Das republikanisch kontrollierte Oberste Gericht von Alabama entschied, dass gefrorene Embryonen, die durch IVF erzeugt wurden, nach dem Staatengesetz als Kinder angesehen werden. Trump forderte Alabama daraufhin auf, schnell eine Lösung zu

finden, um die Verfügbarkeit von IVF zu erhalten, und im März wurde ein Gesetz zum Schutz der IVF verabschiedet.

Diese Entscheidung war ein politisches Problem für die Republikaner, da mehrere Führungspersönlichkeiten Stellungnahmen abgeben mussten, die sich gegen das Alabama-Urteil aussprachen, um ihre Wahlchancen nicht zu gefährden. Eine Umfrage des Pew Research Centers ergab, dass 42 Prozent der Amerikaner entweder selbst IVF-Behandlungen genutzt oder jemanden gekannt haben, der dies tat. Dieser Prozentsatz steigt mit höherem Einkommen: 45 Prozent bei mittlerem Einkommen und 59 Prozent bei hohem Einkommen.

Diese Menschen sind eher weiße Amerikaner, die republikanisch wählen – viele davon hofft Trump, nach dem Verlust ihrer Unterstützung im Jahr 2020 wieder für sich zu gewinnen. Bei einer Kundgebung in Michigan bekräftigte Trump seine neue Position gegenüber Anhängern: „Ihre Regierung wird für alle Kosten im Zusammenhang mit der IVF-Behandlung zahlen oder Ihre Versicherung wird dazu verpflichtet.“

Doch die Demokraten lehnten sofort ab, dass eine Trump-Administration eine solche Politik tatsächlich übernehmen würde. Aida Ross, Sprecherin des Demokratischen Nationalkomitees, erklärte dazu: „Die Amerikaner haben mit eigenen Augen gesehen, wie Donald Trump Roe v. Wade aufgehoben und extremen Maga-Republikanern den Weg geebnet hat, IVF einzuschränken und grausame Abtreibungsverbote im ganzen Land zu verabschieden, Frauen und Familien zu schaden.“ Sie fügte hinzu, dass die Wähler bei den Wahlen im November für das Harris-Walz-Ticket stimmen werden, um ihre Freiheiten zu schützen, anstatt für Trump und Vance, die einen umfassenden Angriff auf unsere Grundrechte führen.“

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de